



# Solidarität

## Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Gesamtwortwert jährlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Einzigen: die dreispaltige Postkarte 1,25 Mark, Geben- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. —ämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 7. bis 13. Dezember ist die Beitragsmarke in das mit 50 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

### Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Der Bahnhalle Halle a. S. wird zur Erhöhung des Lokalbeitrages auf 20 Pf. wöchentlich ab 6. Dezember dieses Jahres die Genehmigung erteilt.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: C. Bucher, 1. Vorsitzender.

### Zum Reichstarif.

Nach einigen Hindernissen traten am 23. November die Gauleiter zu einer Tagung zusammen, die für die Hilfsarbeiter von großer Bedeutung war, da sie die zum Reichstarif der Hilfsarbeiter notwendigen Vorarbeiten zu treffen hatte. Die Tarifverhandlungen selbst schlossen sich der Gauleiterkonferenz an, sind aber zur Stunde noch nicht abgeschlossen. Es wurde der Plan eines einheitlichen Rahmentarifes für das gesamte graphische Gewerbe erwogen, ein Plan, der allen Berufsangehörigen als Ideal vorfähweht. Die in den Bruderverbänden dahin gehenden Vorschläge und Vorarbeiten haben grundsätzlich bei der tariflichen Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen den Einheitsstarif anerkannt und nur die verschiedenartig gelagerten wirtschaftlichen und organisatorischen Verhältnisse und Einrichtungen stehen zurzeit der Ausführung noch hindernd im Wege, können aber für die Dauer kein unüberwindbares Hindernis sein, wenn nach den von den graphischen Organisationen getroffenen Vereinbarungen gehandelt und die erforderliche Rücksichtnahme auf Wesen und Eigenart der verschiedenen graphischen Berufe nicht außer Acht gelassen wird. Die Durchführung möglichst gleichartiger Lohn- und Arbeitsbedingungen ist von allen Seiten offen anerkannt worden und kann nur durch Abschluß von Reichstarifen auf einheitlicher Grundlage erreicht werden.

Für uns Hilfsarbeiter war daher die Form des zu schaffenden Reichstarifes gegeben. Es konnte sich nicht darum handeln, neben den schon bestehenden Tarifverträgen einen neuen Vertrag festzulegen. Das Beispiel und Vorbild der Gehilfen im Buchdruckgewerbe zeigt den Buchdruckereihilfsarbeitern Weg und Ziel. Durch die Aufnahme der Hilfsarbeiter in den Buchdruckertarif mit der Maßgabe, daß die auch dann für Hilfsarbeiterfragen zuständigen Organe der Tarifgemeinschaft mit durch Hilfsarbeiter zu besetzen sind, können die Voraussetzungen für geschlossene, einheitliche Arbeit auf wirtschaftlichem und organisatorischem Gebiet erfüllt werden. Ein Ideal stellt die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker für die Hilfsarbeiter ebenso wenig dar wie für die Gehilfen, zeitgemäße Veränderungen erstreben beide Berufsgruppen, aber ausgeschlossen erscheint es für uns Hilfsarbeiter, einen Tarifvertrag mit den Prinzipalen einzugehen, der für die allgemeine wirtschaftliche Lage unserer Mitglieder bessere Bestimmungen enthält, in seiner Form von dem Buchdruckertarif verchieden ist aber

uns günstigere Positionen im Arbeitsprozeß zusichert als den Gehilfen. Grundbedingung und eine Selbstverständlichkeit ist für die Aufnahme in die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker eine sinngemäße Anwendung ihrer Bestimmungen auf die Hilfsarbeiter: Erstreckt sich das Tarifverhältnis der Buchdrucker erst auf alle Angehörigen des Berufs, so haben nicht nur die gelernten, sondern auch die ungelerten Arbeiter des Buchdruckgewerbes ein Interesse daran und auch die Pflicht, bei der nach Jahresfrist bevorstehenden Revision auf eine den zeitlichen Verhältnissen entsprechende Veränderung und Umbildung der vertraglichen Bestimmungen einzuwirken.

Die Form des Reichstarifs für die Hilfsarbeiter nach dem Muster der Gehilfen, ja selbst ein völliges Aufgehen in die Tarifgemeinschaft schießt spezielle Forderungen und Festlegungen für unsere Kollegen und Kolleginnen nicht aus. Die Begriffsbestimmung „Hilfsarbeiter“ und die Lohnfrage finden hier einschneidende Bedeutung. Für welche Berufsgruppen im Gewerbe der Buchdruckertarif Geltung hat, ist klar festgelegt und bedarf kaum besonderer Auslegung. Streitfälle darüber wird es unter Buchdruckern und Prinzipalen wenig geben. Für die Hilfsarbeiter ist die Deutung des Begriffs schwieriger. Er hat keine ausgesprochene Lehrzeit hinter sich, keinen Gesellenbrief in der Tasche, und doch ist er einfach als ungelerner Arbeiter nicht anzusprechen. Jeder Prinzipal verlangt von ihm den Nachweis einer technischen Vorbildung. Unsere überlebten „Allgemeinen Bestimmungen“ sahen bei einem Teil der Kolleginnen sogar eine bestimmte Lehrzeit vor. Die Tätigkeit des Hilfsarbeiters im Betriebe und die verschiedenartigen Berrichtungen, die nicht einfach mechanisch auszuführen sind und ihm ein gewisses Maß von Verantwortung übertragen, schließen von vornherein die Beschäftigung jedes beliebigen ungelerten Arbeiters aus. Für die Tätigkeit des Hilfsarbeiters an der Maschine und in den Maschinensälen ist eine zweifelsfreie Deutung gegeben, die ihn im beruflichen Sinne als Buchdruckereihilfsarbeiter erkennen läßt. Nicht so einfach ist die Auslegung des Begriffs Hilfsarbeiter bei den in den Nebenabteilungen Beschäftigten, die alle mehr oder weniger mit dem Hauptbetrieb einer Druckerei in Verbindung stehen. Wir Hilfsarbeiter sind nicht geneigt, Arbeiter zu uns zu rechnen, die als berufliche Arbeiter in unserem Sinne nicht anzusprechen sind, können allerdings auch nicht zugeben, daß Kollegen, deren Beschäftigungsart im Betriebe nicht die eines Maschinenarbeiters ist, als Hilfsarbeiter einfach abgelehnt werden, da die Herstellung von Druckergewinnissen nicht ausschließlich den Maschinerraum, sondern ebenfalls andere Abteilungen einer Buch- und Zeitungsdruckerei beschäftigt. Darum darf der Begriff „Hilfsarbeiter“ nicht künstlich eingeeignet werden, muß vielmehr eine wohl bestimmte, aber nicht gezwungene Deutung zulassen. Die gemachten Erfahrungen mit der im Jahre 1906 festgelegten, jetzt allerdings überholten Bestimmung und Gruppeneinteilung haben uns vorsichtig gemacht.

Die Bestimmungen über die Lohnsätze der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen werden bei Schaffung eines Reichstarifes unsere Mitglieder in erster Linie interessieren. Die Mehrheit der Organisierten wird der Regelung der Lohnverhältnisse die größte Bedeutung beimessen. Da mit den Lohnsätzen die Wagenfrage unmittelbar zusammenhängt, sind sie für die meisten von höchster Wichtigkeit. Gerade die ungleiche Entlohnung in mehr als 150 von uns erfahnen Druckorten unter den verschiedensten Arbeitsbedingungen, die eigentlich nur die gesetzlich festgelegte achtstündige Arbeitszeit gemein haben, hat unsern Mitgliedern und auch den Prinzipalen eine reichstarifliche, einheitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse als erstrebenswertes Ziel erschienen lassen. Bei der Festsetzung der Wochenlöhne wird immer die derzeitige Wirtschaftslage maßgebend sein. Bei der steigenden Tendenz der Lebensmittelpreise, auf die der Arbeiter so gut wie gar keinen Einfluß hat, kann ein heute für den Hilfsarbeiter festgelegter Lohnsatz in zwei Monaten keine zur Erhaltung seiner Arbeitskraft notwendige Geltung mehr haben. Es ist darum sehr schwer und gewagt, heute eine Lohnhöhe festzusetzen, die am 1. Januar 1920 oder noch später Wirkung haben soll.

Die derzeitigen bestehenden Löhne der Hilfsarbeiter haben die Grundlage für die Festsetzung des tariflichen Minimums zu bilden. Allerdings kann man dabei nicht allein die in dieser Beziehung bestehenden Verhältnisse betrachten, sondern muß einen aus der Notlage der Hilfsarbeiter erforderlichen Lohn errechnen und ihn tariflich festlegen. Stehen sich zwei Parteien bei einer Verhandlung gegenüber, so wird jede von der andern annehmen, daß sie ein Geschäft machen will. Soziale Momente haben da leider oft einen mehr theoretischen Wert. Wir haben es dem Prinzipal noch nie verübelt, wenn er verdienen will. Das wollen wir auch. Aber dem Bestreben, auf Kosten der Hilfsarbeiter einen Mehrerdienst zu erlangen, müssen wir stärksten Widerstand entgegensetzen. Die Löhne der Hilfsarbeiter in den größeren Druckorten sind nicht mehr ausreichend, waren es eigentlich auch nach einer Erhöhung nie und bedürfen dringend der Aufbesserung. In den kleineren Orten sind unsere Kollegen und Kolleginnen mit ihrem Verdienst dank tatkräftigem Eintreten der Organisation jetzt so gestellt, daß die traurigen Erscheinungen früherer Jahre — mit Ausnahmen natürlich — als abgetan angesehen werden können, ausreichend entlohnt werden die Hilfsarbeiter dort auch nicht.

Bei einer Regelung, die für das ganze Reich und auf bestimmte Zeit Geltung haben soll, wird ein Einheitslohn festgesetzt werden müssen. Die beste Regelung wäre natürlich, nach den Indizes die Kosten der Lebenshaltung zu ermitteln, um so eine Richtschnur für Lohnfestsetzungen zu haben. Das wäre gerecht und notwendig, aber leider auch unmöglich. Und das ist das traurigste bei dem Versuch zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter. Die Nationalökonomien haben genau festgestellt, was zum Leben unbedingt notwendig ist, aber der Arbeiter wird selten so viel verdienen, um die Klug errechneten, für ihn nötigen

Ausgaben bestreiten zu können. Für uns Hilfsarbeiter läßt sich durch die im Buchdruckerarif festgelegten Lohnsätze für die Gehilfen eine Norm aufstellen, nach der die tariflichen Mindestlöhne auch für die Buchdruckereihilfsarbeiter berechnet werden.

Das Verhältnis zwischen dem Lohn eines Hilfsarbeiters und dem eines Gehilfen ist heute unbestimmt, schwankend, ganz willkürlich und regellos. Nur das eine steht fest, daß der Hilfsarbeiter stets weniger als der Gehilfe verdient. Mit der Tatsache, die grundsätzliche Wertung zwischen beiden Arbeiterkategorien hat, ist jedoch allein nichts anzufangen, wenn bestimmte Löhne ermittelt werden sollen. Hierbei ist in erster Linie die Feststellung notwendig, welchen Wert die Arbeit eines Hilfsarbeiters im Verhältnis zu der des Gehilfen hat. Wird dieses Verhältnis berechnet, so kann es ziffernmäßig dargestellt, die Grundlage für den Hilfsarbeiterlohn bilden. Nehmen wir den Wochenlohn eines Buchdruckers = 100.- Mk., so kann der Hilfsarbeiterlohn 90.- Mk. betragen. Das heißt, er kann. Wie hoch er wirklich sein wird, müssen die Ermittlungen ergeben. Nach vorstehendem Beispiel würde der Lohn eines männlichen Hilfsarbeiters 90 Prozent von dem des Gehilfen betragen und gleichviel, ob der Lohn steigt oder fällt, stets in demselben Verhältnis zum tariflichen Minimum des Buchdruckers stehen.

Es ist natürlich nicht möglich, alle Hilfsarbeiterfragen, die für den Reichstarif von Bedeutung sind, in diesem Rahmen zu behandeln. Es sind für heute nur einige wichtige aufgenommen und gewürdigt worden. Die Verhandlungen über den Reichstarif sind noch nicht abgeschlossen, ja, es steht sogar noch nicht einmal fest, ob und wann sie zum Abschluß kommen. Nicht einen Tarif unter allen Umständen erstreben wir, sondern nur einen, der uns wesentliche Verbesserung unserer Verhältnisse bringt.

## Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1918.

II.

### Der Mitgliederstand der Zentralverbände.

Der Generalkommission waren 1918 ohne die Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter, die bisher als Gewerkschaften nicht mitgezählt wurden, 48 Verbände angeschlossen. Die 48 Verbände hatten zusammen 10 044 Zweigvereine. Im Jahre 1917 zählte man 9309. Mit Einschluß der Zweigvereine des neu hinzugekommenen Eisenbahnerverbandes hat sich die Zahl der Zweigvereine seit 1917 um 735 vermehrt. Die Gewerkschaften haben im vierten Quartal 1918 einen beispiellosen Aufschwung erlebt, in Massen

## Der Unentbehrliche.

Skizze von Ernst Preczang.

(Nachdr. verb.)

„Gewiß, Herr Meier,“ Frau v. Traube bewegte nachlässig den Fächer, „die Miete ist seit einigen Tagen fällig. Es wäre mir wohl auch ohne Ihre Mahnung eingefallen.“

„Keine Mahnung, nur eine Erinnerung, gnädige Frau.“

Sie nickte herablassend: „Sobald meine Rechenen eingetroffen sind — oder,“ sie rührte die Klingel, „noch besser“ — ein Diener erschien — „Jean, Sie müssen sofort auf die Bank.“

„Wie?“ Jean streckte erstaunt den Kopf vor.

„Auf die Bank, sage ich.“

Jean verbeugte sich: „Auf die Bank. Sehr wohl.“

Inzwischen hatte sich Herr Meier erhoben: „Ich bitte nochmals, gnädige Frau, meine Erinnerung nicht falsch aufzufassen. Empfehle mich.“

Ein Kopfnicken verabschiedete ihn. Jean blieb an der Tür stehen.

„Worauf warten Sie?“

„Ich soll auf die Bank.“

„Später. Ich rufe Sie.“

Jean stand noch immer an der Tür.

Frau v. Traube griff nach einem Journal und sah ungeduldig auf: „Nun?“

„Ich möchte um mein Gehalt bitten. Gnädige Frau haben es wohl vergessen?“

strömten ihnen neue Mitglieder zu. Schon zu diesem Zeitpunkt Hunderttausende von Mitgliedern sich bei ihren Verbänden noch nicht vom Meeresdienst zurückgekehrt gemeldet hatten, wurde am Schlusse des Jahres von den der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbänden der höchste Stand der Mitglieder der Vorkriegszeit erheblich überschritten. Nachdem während des Krieges, bis zum 4. Quartal 1916, die Mitgliederzahl mit 934 831 auf den tiefsten Stand gesunken war, machte sich mit dem Beginn des Jahres 1917 eine Aufwärtsbewegung bemerkbar, die nun ununterbrochen anhält.

Den höchsten Stand an Mitgliedern hatten die Zentralverbände am Schlusse des zweiten Quartals 1913, und zwar mit 2 576 608. Am Ende des Berichtsjahres zählten sie 2 858 053, es wurde mit dieser Zahl der Höchststand um 281 444 überschritten. Am Schlusse des Jahres 1917 betrug die Mitgliederzahl 1 264 661. Es ist demnach gegenüber dieser Zahl eine Vermehrung von 1 593 392 Mitgliedern = 126 Prozent eingetreten. Nach den von den Verbänden während des Krieges vierteljährlich gemachten Feststellungen über die Zahl der Mitglieder, der Eingezogenen und der Arbeitslosen waren am Schlusse des 4. Quartals 1918 1 060 000 Mitglieder als noch nicht vom Kriegsdienst zurückgekehrt angegeben, während die Statistik für das 3. Quartal die Höchstzahl der Eingezogenen mit 1 412 837 verzeichnet. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist von 330 063 am Ende des Jahres 1917 auf 657 002 am Jahreschlusse 1918 gestiegen, sie vermehrte sich um 326 939 = 99 Proz. Dieser Prozentsatz steht hinter dem der allgemeinen Vermehrung zurück, während im Vorjahre das umgekehrte Verhältnis zu verzeichnen war. Diese Erscheinung erklärt sich ohne weiteres durch die Rückkehr der männliche Mitglieder nach dem Waffenstillstand und ihre Wiederanmeldung bei den Verbänden.

### Die Finanzen der Zentralverbände.

Die Entwicklung der Finanzverhältnisse der Zentralverbände im Vorjahre kann als erfreulich bezeichnet werden. Die Ausgaben sind zwar gegen das Vorjahr um 12 948 845 Mk. gestiegen, dagegen haben sich aber die Einnahmen um 20 361 504 Mk. vermehrt und der Vermögensbestand erhöhte sich um 10 058 897 Mk. Es betrug die Gesamteinnahme aller Verbände 59 550 912 (1917: 39 189 398) Mk., die Gesamttausgabe 41 460 676 (28 511 831) Mk. und der Vermögensbestand 80 776 316 (70 717 419) Mk. Hierbei fehlt der Vermögensbestand des Metallarbeiterverbandes, der seit 1915 darüber keine Angaben mehr macht. Pro Kopf der Mitglieder betrug die Einnahme 36,13 (35,77) Mk., die Ausgabe 25,10 (26,02) Mk. und der Vermögensbestand 68,71 (91,55) Mk. Die im Jahre 1918 auf jedes Mitglied entfallende Durchschnittsquote wird durch die gegen Ende des Jahres eingetretene starke Mitgliederzunahme wesentlich herabgedrückt. Der Vermögensanteil ist berechnet unter Ausschaltung der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes.

„D!“ Jean machte eine abwehrende Geste mit beiden Händen. „Nur, weil ich es brauche.“

„Sie werden es erhalten.“ Und als Jean immer noch wartete: „Später.“

Jean ging. Hinter der Tür reichte er die Hände zum Himmel und murmelte: „Später!“

„Bist Du allein, Mama?“ Ein Damenhut schob sich vorsichtig durch eine Nebentür.

„Komme nur herein, Lisa. Hast Du etwas ausgerichtet?“

„Nichts.“ Die junge Dame ließ sich senkend in einen Sessel nieder. „Niemand ist zuhause, wenn ich komme. Oder die gnädige Frau schläft. Oder sie ist ausgefahren. Nur Rosenhains traf ich.“

„Nun?“

„Rosenhains hatten kein kleines Geld.“

„Du hättest doch auch großes genommen.“

„Ein vorwurfsvoller Blick. Mir ist gar nicht humoristisch zu Mute, Mama. Ich habe nicht mal Elektrische fahren können. Kein Mensch glaubt an unsere Märschen! Ich bin überzeugt, sie machen sich lustig über uns.“

„Dh!“

„Ganz gewiß. Neulich hörte ich, wie einer sagte: „Da, die Dame mit dem vergessenen Portemonnaie.“ Es hat sich also sicher schon herumgesprochen. Auf der Wandleibe begrüßen sie mich auch schon wie eine alte Bekannte. Schrecklich! Aber das nächste Mal kannst Du hingehen.“

„Ich?“

„Ja. Du sitzt hier gemütlich im Salon, und ich muß mich abtadeln wie ein Droschkenpferd, um Geld aufzutreiben.“

„So. Ich sitze gemütlich! Heute waren nur erst drei da: der Möbelschneider, der Hauswirt und — Jean!“

Die vermehrte Gesamteinnahme ist im wesentlichen auf die stark gestiegene Beitragseinnahme zurückzuführen, die nicht allein in Verbindung mit der stärkeren Mitgliederzahl steht, sondern auch als eine Folge von Beitragserhöhungen angesehen werden kann.

Die Ausgaben waren von 1914 bis 1917 entsprechend den verminderten Einnahmen ständig gesunken. Mit dem Jahre 1918 ist nun wieder eine erhebliche Steigerung eingetreten. Das Zurückfluten der Meeresmassen nach eingetretener Waffenstillstand, die damit in Verbindung stehende plötzlich eingetretene ungeheure Arbeitslosigkeit stellte die Gewerkschaften vor große finanzielle Anforderungen. Es wurden 1918 verausgabt: für Unterhaltungszwecke (ohne Streifenunterstützung) 16 218 150 (1917: 10 765 192) Mk. oder pro Kopf 9,84 Mk., Verbandsorgan und für Bildungszwecke 3 270 563 (1 886 119) Mk. oder pro Kopf 1,98 Mk., für Agitation, Druckschriften, Beiträge usw. 7 431 556 (5 693 267) Mk. oder pro Kopf 4,51 Mk. Die Verwaltungskosten der Hauptverwaltungen, persönliche und sächliche, beliefen sich auf 3 032 054 (1 826 433) Mk. oder pro Kopf auf 1,84 Mk. und die der Zahlstellen und Gane auf 11 033 837 (8 015 546) Mark oder pro Kopf auf 6,69 Mk. Der Vergleich mit den Zahlen des Vorjahres ergibt bei allen Posten eine Mehrausgabe.

## Praktisches vom „revolutionären“ Klassenkampf.

„Nur der hat das Recht auf Achtung seiner eigenen Ueberzeugung, der auch im Gegener die Heiligkeit und die Ehrlichkeit der fremden Anschauung achtet. Wer wahrhaft frei ist, muß auch wahrhaft duldsam sein. Freidenkerisches Pfaffen-tum ist das schlimmste, weil es den Deckmantel der Freiheit für seine Un-duldsamkeit benutz.“

Walbef Manasse: „Lebensfragen.“

Der § 2 unseres Verbandsstatuts sagt in seinem ersten Absatz: „Der Verband bezweckt die Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen und die allseitige Interessenvertretung seiner Mitglieder.“

So ähnlich lauten wohl die einleitenden Sätze aller Gewerkschaftsstatuten, denn die Hauptaufgabe unserer freien Gewerkschaften war bisher ja auch tatsächlich die materielle Verbesserung der Lage ihrer Mitglieder.

Der Schreiber dieses kann sich wenigstens nicht erinnern, daß jemals eine Arbeitergruppe aus irgendeinem anderen als materiellen Grunde von dem „lechten Mittel“, also dem Streik, Gebrauch gemacht hat. Denn auch die Abwehr etwaiger Maßregelungen von Funktionären gehört dazu, da sich die Vertrauensleute meist durch energisches Vertreten der materiellen Interessen ihrer Mandat-

„Jean!“ Lisa schämte sich. „Wozu brauchen wir ihn?“

„Um die Gläubiger anzumelden.“

„Dein Humor ist schrecklich.“

„Notwendig, liebes Kind. Wenn ich den ver-liebenen sollte —! Ich bin schon in schwierigeren Lagen gewesen.“

„Noch schwieriger?“

„Süßig. Aber Du siehst: ich lebe trotzdem.“

„Lebst? Hast Du schon zu Mittag gegessen?“

„Wie gewöhnlich Du Dich neuerdings aus-drückst! Kind, vergiß die gute Form nicht!“

„Ah, Form! Ich könnte Kohlkrüben aus-irbener Schlüssel essen.“

„Shocking, shocking! Lisa, was soll aus Dir werden! Kein Vermögen — Schlimm. Keine Haltung — unverschämlich! Kind, wenn Du einmal so pfeifeische Anwandlungen in Gegenwart von anderen laut werden lässest — wir wären unmöglich in der Gesellschaft.“

„Ah, diese Gesellschaft! Bei Rosenhains haben sie mir für zwanzig Pfennige Cakes vorgesetzt. Und ich hab' Hunger. Verstehst Du, Mama: ganz gemein, brutaler Hunger!“

Frau v. Traube starrt entsetzt auf die Tochter: „Du bist nicht bei Dir, Lisa.“ Dann rührte sie die Wacke. „Jean, wo bleibt das Püner?“

„Gnädige Frau,“ Jean machte ein heimtückisch-verlegenes Gesicht, „der Restaurateur —“

„Nun?“

Jean suchte die Ansein. „Er will nicht mehr pumpen.“

Frau v. Traube wich einen Schritt zurück: „Kumpen! Jean! Ist das eine Art, sich auszu-brüden?“

heber bei dem Prinzipal so unbeliebt machen, daß dieser förmlich nach einem Entlassungsgrund für die Betroffenen sucht.

Auch in unserm Verband war bisher der Argwohn aller Handlungen die möglichste wirtschaftliche Aufbesserung unserer Verhältnisse. Mit welchem Erfolg und mit welchen Mitteln das geschah, soll heute nicht untersucht werden. Soviel steht fest, daß unsere Berliner Hilfsarbeiterlösungsheute noch kläglich niedrig sind. Um so erstaunlicher ist es, daß ausgerechnet unsere Berliner Mitgliedschaft jetzt im Zeichen der fortgesetzten, ungeheuren Steigerung aller Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel diesen Kampf um Aufbesserung unserer Löhne an die zweite Stelle setzen will.

In unserer Berliner Zählstelle waren am 19. November d. J. zwei Angestellte zur Erhebung unserer Klagenkommission zu wählen, und zwar auf dem statutenmäßigen Wege der Wahl. Bei dieser Wahl wurden innerhalb und außerhalb der Wahllokale den Mitgliedern Zettel in die Hand gedrückt mit folgendem Ausdruck:

„Kolleginnen und Kollegen! Wählt nur die Kandidaten, deren Kampf nicht nur um kleine wirtschaftliche Verbesserungen, sondern um die volle Befreiung von Ausbeutung und Verklammerung durch den Kapitalismus geht und die auf dem Boden des unverfälschten Räteystems stehen. Gebt daher Eure Stimme den Kandidaten Sophie Mandekart und Willi Hoed.“

Was nun die Erhebung unserer Klagenkommission mit dem von einem Teil unserer Anhänger so arg geschundenen unverfälschten Räteystem zu tun hat, dürfte wohl das Geheimnis der anonymen Verfasser dieser Zettelchen bleiben, spielt auch weiter keine Rolle. Aber am Freitag, den 21. November, bringt die „Freiheit“, das Berliner Organ der U. S. P. D., unter „Gewerkschaftliches“ eine Notiz, welche das Wahlergebnis enthält und in der sich folgender Satz findet:

„Die Kandidaten, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, erhielten: Sophie Mandekart 2752, Willi Hoed 2654 Stimmen. Die Kandidaten Bergemann und Kobenberg, die von den Anhängern der Arbeitergemeinschaft propagiert wurden, erhielten 878 bzw. 551 Stimmen.“ Es heißt dann weiter:

„Die Berliner Kollegenschaft hat damit (also mit dieser Wahl!) endgültig bewiesen, daß sie zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gekommen ist und die Politik der wirtschaftsrechtlichen Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen mit den Unternehmern reiflos verwirft.“

Das heißt also, ins praktische Leben übertragen, den Kampf um die so bitter notwendige Verbesserung unserer wirtschaftlichen Existenz stellen die Berliner Mitglieder zurück und kämpfen nur noch, oder wenigstens in erster Linie, um die Einführung des unverfälschten Räteystems! Daß dieser Wille unserer Kollegenschaft ist, kann ich nur nie und nimmer glauben, und zwar aus folgendem Grunde nicht: Ein großer Teil unserer Kollegen muß heute zum Minimum von 101,— Mk. arbeiten,

„Bardon. Kreditieren.“  
„Es gibt wohl noch keine Restaurants in der Gegend hier.“ Sie wies aus dem Fenster. „Dort drüben ist gleich eins. Schnell!“

Jean ging.  
„Bumpen! Gräßliches Wort!“  
„Er hat es absichtlich gesagt, Mania, ich sah's ihm an. Entlasse ihn. Wir ziehen in eine kleine Wohnung und richten uns ein. Nur nicht diese ewige Pumpwirtschaft!“

„Lisa? Du auch? Nur, Dein Hunger entschuldig.“  
„Es dauerte nicht lange und Jean meldete: „Am Speisezimmer ist gedeckt.“

„Komm, Lisa.“  
„Soll ich jetzt zur Bank gehen?“  
„Die Bank sind bereits geschlossen.“  
Morgen.

Während Frau v. Traube und Tochter bei der Mahlzeit saßen, klingelte es am hinteren Eingang. Ein Wortwechsel wurde hörbar. Lisa sagte angstvoll „Pfeffer und Gabel fort und lauschte: „Mama!“ Mama ließ sich nicht hören, sondern richtete ihre ganze Aufmerksamkeit auf ein gebrochenes Guha.

Während wurde die Tür aufgerissen und ein dunkles, schweißiges Gesicht erschien im Rahmen, hinter ihm Jean, der den Eindringling zurückzuhalten suchte.

„Der Kohlenhändler!“ rief Lisa.  
„Das ist ja 'ne jamose Art!“ schrie der. „Seit acht Tage muß ich jeden Tag hundert Brobstohlen aufschleppen und immer den andern Tag soll bezahlt werden. Ich möchte nur aber, daß heute endlich der andere Tag ist, verstanden? Jetzt hat's schlagappelt! Lassen Sie mit los, Sie Kacke

sie werden also weit unter dem Existenzminimum entlohnt. Wenn nun nach dem in der „Freiheit“ geschilderten Sieg des Räteystems in unserm Gewerbe in nächster Zeit dasselbe zur Durchführung kommt, so bedeutet das durchaus noch keinen Mehrverdienst für uns. Wir müssen also auch dann für eine Verbesserzahlung unserer Arbeitskraft kämpfen. Es ist ein Leiden in unsern Reihen weil verbreiteter Irrtum, daß die Einführung dieses oder jenes unverfälschten Räteystems an sich schon eine wesentliche Höherbezahlung für den Arbeiter mit sich bringt. Die wirklichen, ernsthaften Vertreter des Rätegedankens, Ernst Däumig, Richard Müller usw. lassen in ihren Broschüren und in ihren Vorträgen auch gar keinen Zweifel über die Wichtigkeit dieser mehrer Auffassung.

Also selbst auf die Gefahr hin, daß ich mit meinen nachfolgenden Gedanken ganz allein unter unseren 10 500 Berliner Mitgliedern stehe, sage ich das folgende:

Zuerst und vor allem andern muß die Gewerkschaft dazu benutzt werden, ihren Mitgliedern einen auskömmlichen Lohn zu sichern und daneben muß sie, weil ja die freien Gewerkschaften ein Teil der sozialistischen Arbeiterbewegung sind, für den Endkampf um die hoffentlich nicht mehr ferne volle Einführung des Sozialismus die Kräfte sammeln und gemeinsam mit der gesamten Arbeiterklasse zu gegebener Zeit in diesen Endkampf eintreten. Denn eine Gewerkschaft allein — auch nicht unsere — wird diesen Endkampf wohl kaum aufnehmen können.

Mit dieser meiner Auffassung befinde ich mich im vollen Einklang mit allen unsern Leberden und vollen Führern und auch mit der Redaktion der „Freiheit“, die am 25. November in einem sehr lesenswerten Artikel „Die neuen Syndikalisten“ folgenden Satz schreibt:

„Die Gewerkschaften sind nach wie vor das Bollwerk gegen ein Uebermaß von Ausbeutung, die Organisationen zum Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Sie haben auch jetzt noch die Pflicht, diesen Teil ihrer Aufgaben ernsthaft zu pflegen.“  
Also genau, was unser erster Paragraph im Statut verlangt. Ein paar Absätze weiter heißt es dann in demselben Artikel:

„Auch im Interesse der erfolgreichen Fortführung der sozialen Revolution ist diese Arbeit von Bedeutung, denn wir wissen, daß nicht wirtschaftlich gedrückte und aus Hunger und Not zur Verzweiflung getriebene Massen, sondern gut organisierte und geschulte Arbeiter, die aus Erkenntnis der Notwendigkeit und im Bewußtsein ihres Wertes besonnen und überlegen ans Werk gehen, die Sieger im entscheidenden Klassenkampf sein werden.“

Zu dem Satz: „Die Berliner Kollegenschaft sei jetzt zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gekommen, möchte ich zunächst sagen: „Da steht mein Geist vor Ehrfurcht still.“ Also ausgerechnet am 19. November 1919 (Mittwoch), nach fast dreißigjährigem Bestehen unserer Berliner Hilfsarbeiter-Organ-

in Kostüm! Entweder Feld oder ich lade mir alle meine Brüdets wieder uff!“

Frau v. Traube hatte sich majestätisch erhoben: „Was fällt Ihnen ein! Entfernen Sie den Mann, Jean!“

Eine Walgerei entstand. „Det is ja der reine Betrug!“

„Dieser Bärm!“ Frau v. Traube versuchte, die Tür zu schließen. „Mann, Sie befinden sich doch nicht in irgendeiner Mietstajerne! Sie sind in einem feinen, vornehmen Hause!“

„Jawohl!“ sagte Jean, „merken Sie sich das!“ Es gelang ihm, die Tür zu schließen.

Vom Flur schallte donnerndes Gelächter. Lisa sah blaß und ängstlich auf ihrem Stuhl.

Frau v. Traube aber hatte es schon wieder mit dem Guha zu tun und sagte vorwurfsvoll: „Du siehst also: es ist ganz unmöglich, Jean zu entlassen.“

### Sumoristisches.

**Der Hängteier.** Unter den Tieren war wieder einmal ein Hängteier ausgebrochen. Der Löwe, der Adler, der Bär, der Wolf und der Fuchs tritten um den Vorrang; der eine berief sich auf seine Kraft, der andere auf seine Klugheit, der Fuchs auf seine Schlauheit und so fort. Da es zu keiner Einigung kam, wollte man den Menschen als Schiedsrichter anrufen, trotzdem man wußte, daß er überlegen mit seinen Kriegen zu tun hatte.

„O Mensch, welches Tier schätzt Du jetzt am meisten?“ fragte ein alter Habe, dem die Junge gelöst war.

„Das Schwein,“ entschied der Mensch.

tion, sind deren Mitglieder zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gekommen?? Solche Sätze können nur Leute schreiben, denen die Geschichte unserer Zählstelle vollständig unbekannt ist. Ist uns unsere jamose Tarifgemeinschaft 1905 nicht aufgewungen worden? Mühte nicht unser früherer Vorsitzender Moriz letzten Endes seinen Posten verlassen, weil er und der gesamte damalige Ortsvorstand (ich zählte damals noch, nach einem Ausbruch meines Acumbes Willi Grosmann vom Februar dieses Jahres, zu den fähigsten Köpfen) den Tarif, wie er jetzt wenigstens dem Buchstaben nach noch besteht, von der Berliner Mitgliedschaft fernhalten wollte?

Nein, mein verehrter „Freiheits“schreiber, die Geschichte unserer Organisation ist eine Geschichte eines ununterbrochenen Klassenkampfes in des Wortes wahrster und reinsten Bedeutung. Wenn wir auf den Weg der Tarifvereinbarungen gegen unsern Willen gedrängt wurden, so geschah das, weil die Verhältnisse viel, viel stärker waren als unsere Abwehrmittel. Es hieße die Geschichte unserer Organisation schreiben, wollte ich hier alle die unüberwindlichen Schwierigkeiten aufzählen, die sich in damaliger Zeit uns entgegenstellten. Ich fürchte sogar, daß auch jetzt noch nicht die Zeit gekommen ist, wo man ausgerechnet das Berliner Buchdruck-Hilfspersonal mit einem Tarifverhältnis versehen wird. Das wird ja die allernächste Zeit erweisen und dann wollen wir diesen Faden weiter spinnen. . .

Zum Schluß eine kurze persönliche Bemerkung: Der unbefante Berichterstatter schreibt seiner „Freiheit“, ich, er meint meine Wahl, wäre von Anhängern einer Arbeitergemeinschaft propagiert worden. Das ist, wie ich schon der „Freiheit“ am 25. November mitgeteilt habe, eine glatte Unwahrheit. (Hoffentlich bringt die „Fr.“ diese meine Zuschrift noch zur Kenntnis ihrer Leser, denn bis heute Abend, also am 29. November, ist es noch nicht geschehen!) Ich erkläre aber hier ausdrücklich, von irgendeiner Agitation für meine Person ist mir nichts bekannt geworden; ich hätte mir das auch verboten. Wenn mich meine Kollegenschaft in irgendein Amt wählen will, so soll sie mich nehmen, wie ich bin. Mit all meinen Fehlern und all meinen Vorzügen. Will sie das nicht, so mag sie es unterlassen und jemand andern wählen. Ich bin nicht der Mann, der zwecks Erlangung irgendeiner Anstellung in unserer Organisation eine vorgelagte Formel nachplappert, selbst dann nicht, wenn das ausschlaggebend ist für oder gegen meine Wahl zu irgendeinem Posten. Das ist Gewissens- und Meinungsfreiheit, die ich mir bis jetzt in allen Lebenslagen gewahrt habe, und wenn das von meiner Kollegenschaft zurzeit nicht geachtet wird, so kann ich daran nichts ändern. Es ist aber meine Auffassung von wirklich freiem Menschentum, wie es unter andern auch von wahrhaften Kommunisten gepredigt wird.

Wenn die Verfasser des ominösen Wahlzettels dann noch behaupten, ich sei kein Klassenkämpfer, so erkläre ich ihnen rückhaltlos: In punkto praktischer Betätigung um die Verbesserung unserer wirtschaftlichen Existenz und darüber hinaus um die endliche Verwirklichung unserer sozialistischen Endziele, nennt es Räteystem oder Vergesellschaftung der Produktionsmittel, wie es im Erfurter Programm heißt, nehme ich, es noch mit jedem von Euch auf, mag er sein, wer er will! Und dann noch eins: Ich verstehe unter Klassenkampf nicht den Kampf des Arbeiters gegen den Arbeiter, sondern Klassenkampf ist im sozialistischen Sinne der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Klasse der Kapitalisten. So habe ich es gelernt. Und in diesem Kampfe stehe ich seit rund 20 Jahren mitten drin und habe noch lange nicht die Absicht, damit Reiterabend zu machen!

Neukölln. Franz Bergemann.

### Aus unseren Zählstellen.

**Magdeburg.** Anlässlich des Verbandstages der Lithographen und Steindrucker in Magdeburg war es unserm Verbandsvorsitzenden, Kollegen Bucher, möglich, in der Generalversammlung vom 21. November ein Referat über das jetzt so aktuelle Thema „Reichstaxi“ zu halten. Er führte aus, daß der Reichstaxi für uns jetzt zur Notwendigkeit geworden sei, um unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse sicherzustellen. Die Buchdrucker sind, im Vergleich zu anderen Berufen, durch ihren Tarif bis Kriegsanfang die fortgeschrittenste Arbeitergruppe gewesen. Wenn sie während der Kriegsjahre mit den Löhnen zurückgeblieben sind, so trage nicht das Tarifverhältnis die Schuld, sondern die allgemeinen wirtschaftlichen und beruflichen Verhältnisse. Aber schon in den letzten Kriegsjahren und während des ersten Revolutionsjahres gelang es, überall Verbesserungen durchzusetzen. Die Unternehmer waren nicht ohne weiteres gewillt,

einen Reichstarif mit uns abzuschließen, da sie das Dispersional nicht tariffrei und tarifmäßig hielten. Kollege Bucher wies nach, daß wir nicht schlechthin als ungelernete Arbeiter zu betrachten sind, sondern für den Produktionsprozeß von ebenso großer Bedeutung sind, wie die andern Berufsgruppen im graphischen Gewerbe. Wir sind daher verpflichtet, das Lohn- und Arbeitsverhältnis überall tariflich zu regeln. Durch ständige Streiks sind wir nicht in der Lage, stabile Verhältnisse herbeizuführen. Es muß daher der Weg der Verständigung beschritten werden. Und dies kann nur durch Abschluß eines Reichstarifes geschehen. Dank unserer organisatorischen Stärke, denn unsere Mitgliederzahl hat sich seit der Revolution verdoppelt, werden wir den kommenden Reichstarif zu unsern Gunsten gestalten können. Kollege Bucher erläuterte dann die Tendenz und wichtigsten Punkte des von uns erstrebten Tarifs. Er ermahnte die Kolleginnen und Kollegen, fort und fort für ihre gerechte Sache einzutreten, denn es gälte nicht nur, etwas zu erringen, sondern das Errungene zu befestigen und zu verbessern. Dann kam Kollege Bucher auf den Industrieverband zu sprechen und bemerkte, daß der graphische Bund, welcher die Vorarbeiten leisten soll, als das Nebengangsstadium zum Industrieverband zu betrachten ist. In der Diskussion sprachen die Kollegen Bergmann und Kühle gegen einen Reichstarif. Eine vom Kollegen Kühle eingereichte Resolution, welche die sofortige Einberufung des Verbandstages forderte, wurde gegen zehn Stimmen abgelehnt. Der vorgeschrittenen Zeit halber mußte die Verammlung abgebrochen werden. Es wurde beschlossen, die noch zu erledigenden Punkte der Tagesordnung bis zur nächsten Versammlung zurückzustellen.

### Rundschau.

**ZwischenhandelsgeWINN.** In dem hannoverschen Städtchen Bisselshöde erhielten die Händler von der Reichsbelieferungsstelle Stoffe geliefert, die sie zu festgesetzten Preisen an die Bevölkerung abzugeben verpflichtet waren. Eines Tages erschien im „Bisselshöder Landboten“ ein „orniges“, „Eingelant“ des Gewerkschaftsartikels, das Beschwerde führte, weil die Ware weit über den Höchstpreis verkauft würde. Es wurden darin ganz arge Bemerkungen der Verbraucher festgestellt. Das Partell erhob deshalb die Forderung, „überweist die Stoffe unserem Konsumverein, dann sind wir sicher, daß wir sie billig erhalten“. In der gleichen Nummer des Blattes aber erschien ein vom Konsumtendausschuß und fünf Kaufleuten unterzeichnetes Inserat, in dem es hieß:

Bei dem Verkauf der letzten Reichswaren sind von den mit dem Verkauf der Reichswaren beauftragten Kaufleuten aus falschen Voraussetzungen heraus Preise genommen worden, die mit den gesetzlich festgelegten Preisen nicht übereinstimmen. Der Konsumtendausschuß und die unterzeichneten Kaufleute haben deshalb beschlossen, die zuziel erhobenen Gelder zurückzugeben.

Man darf sich den Fall merken. Ans will scheinen, als würden die Preise im Zwischenhandel öfter, als sich mancher Verbraucher träumen läßt, aus „falschen Voraussetzungen“ genommen. Das ist nun aber eine Angelegenheit, zu deren Erledigung zwei Beteiligte gehören. Der Ruf des Gewerkschaftsartikels: „Ueberweist die Stoffe unserem Konsumverein, dann sind wir sicher, daß wir sie billig erhalten!“ birgt eine allgemeine Wahrheit in sich. Möchten alle Verbraucher diese Wahrheit erkennen, damit die unter „falscher Voraussetzung“ genommenen gesalzenen Preise verschwinden.

**Zum Kapitel „Freie Bahn dem Tüchtigen“** schreibt „Die Sozialistische Gemeinde“: Es dürfte von Interesse sein, wie die Stadtgemeinde Helbert, in der die Rechtssozialisten mit den Unabhängigen die Mehrheit bilden, dem vorstehenden Worte praktisch Geltung verschafft. Aus Mangel an Mitteln wollten auch in diesem Jahre viele Eltern ihre begabten Kinder nicht auf eine höhere Schule schicken. Auf Antrag des Rechtssozialisten Prof. Dr. Wagner in der Schuldeputation wählten die Direktoren mit den Klassenleitern aus der Kindern, die das vierte Schuljahr abgeschlossen hatten, 23 Knaben und 10 Mädchen aus, bei denen sie es liebhaft bebauert hätten, wenn sie ihre Ausbildung mit der Volksschulbildung hätten abschließen müssen. Ohne die bisher üblichen erniedrigenden Bittgesuche der Eltern erhalten sie auf den höheren Schulen völlig schulgelbfreien Unterricht und kostenfreie Lernmittel, so lange sie nicht die auf sie gestellten Hoffnungen gänzlich enttäuschen (durch Nichtverfolgung). Den Eltern wird so von der Stadt jede finanzielle Sorge um die Kinder so weit wie möglich abgenommen. Die Kinder und deren Eltern haben

sich unter diesen Bedingungen mit dem Uebertritt an eine höhere Schule einverstanden erklärt. Gleichzeitig wird das geistige Niveau der höheren Schulen durch die Zuteilung von Intelligenz bedeutend gehoben; aus den bisherigen Schulen der Reichen werden sie zu Schulen der Tüchtigen. Außerdem wurde mit dem bisherigen unwürdigen Betteilsystem um freistellen vollständig aufgeräumt und für die höheren Schulen eine Staffelung nach Einkommen und Tüchtigkeit vorgenommen. Bei genügenden Leistungen sind die Normsätze für das Realgymnasium folgende: Bei einem steuerpflichtigen Einkommen bis 3900.— M. beträgt das Schulgeld: — M., bis 5000.— M. 50.— M., bis 6000.— M. 100.— M., bis 7500.— M. 150.— M., bis 9000.— M. 200.— M., bis 12500.— M. 300.— M., darüber 400.— M. Auswärtige zahlen zehn Prozent mehr, für die höhere Mädchenschule werden zehn Prozent weniger erhoben. Diese wirtschaftliche Staffelung wird reguliert durch eine pädagogische (Erziehungs-) Staffelung. Bei Nichtverfolgung wird der Schulgelddatz um eine Stufe erhöht, bei guten Leistungen aber um eine Stufe erniedrigt, bei sehr guten um zwei Stufen. Eltern z. B. mit einem steuerpflichtigen Einkommen bis 5000.— M. brauchen also für „gute“ Kinder ohne weiteres kein Schulgeld zu bezahlen; „sehr gute“ Kinder sind schulgelbfrei bis zu einem Einkommen von 6000.— M. Maßgebend für die Beurteilung der Kinder ist das Urteil der Lehrer nach dem Schulzeugnis. Durch diese Erziehungsstaffel dürften schließlich auch ungeeignete Schüler veranlaßt werden, die höhere Schule zu verlassen und einem praktischen Beruf sich zu widmen — in ihrem eigenen Interesse wie in dem der Schule, die als „Schule der Tüchtigen“ sich dann mehr als bisher ganz der vollen Entfaltung der Tüchtigen widmen kann.

**Nachrichten für Ein- und Auswanderer.** Die Verbände, Korporationen, Gesellschaften und ähnlichen Gebilde, die alle dem Auswanderer und ganz besonders dem zur Auswanderung entschlossenen Arbeiter helfen wollen, schicken in Deutschland zurzeit wie Pilze aus der Erde. Es herrscht — leider! — auf diesem Gebiete Hochkonjunktur, und für sehr viele dieser Verbände ist das Ganze auch nur eine Sache der Konjunktur, bei der sie für sich Geschäfte machen wollen — und leider auch sehr oft machen. Der Arbeiter ist der Betrogene, er hat diesen Leuten sein Geld gegeben, mit dem sie im Lande bleiben und sich „redlich“ nähren. Es muß deshalb den Arbeitern und sonstigen nicht mit Glücksgütern gelegenen Volksgenossen, die auswandern wollen, nur immer wieder bringen nahegelegt werden, sich bei den Zweigstellen des Reichsauswanderungsamtes oder bei diesem selbst (Berlin W., Wilhelmstr. 71) zu erkundigen, wie es um die Auswanderungsmöglichkeiten im allgemeinen und ihrem Ziellande im besonderen aussieht. Sie können gewiß sein, daß sie hier auf alle Fälle die gewissenhafteste Auskunft (kostenlos) erhalten. Das Reichsauswanderungsamt arbeitet mit den Berufsverbänden Hand in Hand, es besteht also keinerlei Gefahr, daß die Auskünfte, die erteilt werden, einen sozusagen rein „amtlichen“ Charakter tragen. Eventuell vermitteln auch die Gewerkschaften und Berufsverbände die Auskunft, es ist also am besten, sich gleich an die erste Quelle zu wenden. —

Deutsche Auswanderer nach überseeischen Ländern sehen sich noch immer der Gefahr aus, durch die englische Schiffskontrolle festgenommen zu werden, solange der Friedensvertrag nicht ratifiziert ist. Es sind tatsächlich Vorkommnisse dieser Art zu verzeichnen.

Vor der Ausreise nach Mexiko ist schon verschiedentlich gewarnt worden. Außer den schon angeführten Gründen kommt noch in Betracht, daß die innerpolitischen Verhältnisse des Landes noch in keiner Weise festigt sind. Vielleicht tritt darin im kommenden Frühjahr eine Veränderung ein. Es besteht aber auch schon ein starkes Ueberangebot an deutschen Arbeitskräften aller Art. Die Arbeitslosen sind zumeist Flüchtlinge aus Nordamerika, die sich bei Kriegsausbruch von dort entfernt haben, um der Internierung zu entgehen. Die zahlreichen deutschen Arbeitslosen sind ohne jede Unterstützung. Das Leben ist sehr teuer. —

Das argentinische Heimstättengesetz ist noch immer nicht erlassen und wird auch in absehbarer Zeit nicht erlassen werden. Jede gegenteilige Nachricht läuft also darauf hinaus, Unerfahrene zur Ueberfahrt zu verlocken.

**Der französische Gewerkschaftskongress.** Dieser Kongress fand in der dritten Septemberwoche 1919 in Lyon statt. Als Höhepunkt kann wohl die Rede Merreims, des Sekretärs des französischen Metallarbeiter-Verbandes, betrachtet werden. Er sprach von der ungeheuerlichen Unmoral, von der die Völker durch den Krieg erfaßt seien. Alle

schlechtesten Instinkte und Begehrlichkeiten seien aufgeflacht. Auch in der Arbeiterklasse seien Ideale verlorengegangen. Revolutionäre Kräfte herrschen vor; an Stelle der Tat seien Worte getreten. Dem müsse energisch entgegengetreten werden, damit die Reaktion nicht abermals ein Jahrhundert lang triumphiert auf den Trümmern der revolutionären Arbeiterbewegung. Der Kongress beschäftigte sich überwiegend mit rein politischen Fragen, was auch aus dem Programm für die Richtlinien der künftigen Tätigkeit der französischen Gewerkschaftszentrale hervorgeht. Gefordert wird die vollständige Umwandlung der bestehenden Gewerkschaftsverbände, alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vorrechte seien auszuheben. Als Mittel zur Erreichung dieser Ziele wurde der allgemeine Streik empfohlen, ferner bekannte sich der Kongress zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und sprach seine Sympathie für die russische Revolution aus. Als einzige praktische gewerkschaftliche Tätigkeit ist zu betrachten, daß die Organisation der Gewerkschaftszentrale durch einen wirtschaftlichen Arbeitsrat verstärkt wurde.

**Die größte gewerkschaftliche Organisation Italiens** ist der Bauarbeiterverband. Seinen höchsten Bestand vor dem Kriege hatte er im Jahre 1907 mit 45 000 Mitgliedern; unmittelbar vor dem Kriege waren nur noch 36 000 Mitglieder vorhanden. Jetzt ist die Zahl auf 120 000 gestiegen.

### Eingegangene Druckschriften.

„Das Recht der Uebergangszeit“ von Gerichtsassessor Dr. Flato, Referent im Reichsarbeitsministerium. Führer mit vollem Gelehrten nach dem Stande vom 1. Oktober 1919. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 9. Preis 5.— M.

Dem kürzlich erschienenen Führer, der über die wichtigsten wirtschaftlichen Fragen der Uebergangszeit wie Mieterschutz, Schuldenrecht, bezugnehmend der Kriegsteilnehmer, Anstellungsgang der Arbeiter, Angestellten und Kriegsschädigten, Erwerbslosenfürsorge, Landarbeiterrecht, Tarifvertrag, Schlichtungswesen usw. in äußerst umfangreicher und populärer Weise orientiert, folgt jetzt eine erweiterte Ausgabe, die auch den Gesetzeswortlaut aller besprochenen Gesetze enthält.

In Anbetracht des billigen Preises kann die Anschaffung des Buches, das einen Ueberblick über die wichtigste sozialpolitische Gesetzgebung des ersten Jahres der Republik enthält, warm empfohlen werden.

### Ausruf.

Am 8. November verstarb nach kurzem Krankenlager unser Mitglied  
**Helene Fikner**  
(i. Fa. O. Rüttner).

Einem Straßenunfall fiel mit tödlichem Ausgange am 21. November zum Opfer unser Mitglied

### Martin Böwig

(i. Fa. Frankenheim & Wagner)

im jugendlichen Alter von 17 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt den Verstorbenen

Die Mitgliedschaft Istypte.

### Ausruf.

Am 21. November verstarb unser Kollege der Einlager

### Peter Deher

(i. Fa. Aug. Osterich)

im Alter von 29 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Die Mitgliedschaft Frankfurt a. M.

Die nächste Nummer des „Arbeiter“ erscheint am 12. Dezember 1919. — Redaktionsbüro am 8. Dezember 1919.